

STELLUNGNAHME

Dringend benötigte Hilfen für Jugendliche werden gesperrt! Einrichtungen der Jugendsozialarbeit befürchten Einsparungen bei Integrationsleistungen für Jugendliche

Mit der Mehrheit von CDU und FDP hat der Haushaltsausschuss eine Sperrung von rund 900 Mio. Euro im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) verfügt. Zwei Drittel dieser Mittel betreffen direkte Eingliederungsleistungen wie Trainingsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten. Es darf vermutet werden, dass hiermit eine Kürzung der Leistungen im SGB II beabsichtigt ist und der Ausstieg aus der aktiven und kontinuierlichen Arbeitsmarktpolitik vorbereitet wird. Die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT)* befürchtet, dass für über 100.000 Jugendliche die dringend benötigten Integrationsleistungen für die zweite Jahreshälfte gestrichen werden.

Im Hinblick auf die zum 26.03.2010 angekündigte bundesweite Ausschreibung der beruflichen Integrationsleistungen für Jugendliche wird mit der Sperre ein fatales Signal gesendet. Zu befürchten ist, dass weit weniger Maßnahmen als notwendig ausgeschrieben werden. Aufgrund zu geringer Platzzahlen in den Maßnahmen können dann viele Jugendliche nicht mehr gefördert werden. Begonnene und notwendige Integrations- und Qualifizierungsprozesse werden unterbrochen bzw. unmöglich gemacht und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt erschwert.

Gerade die Jugendlichen, die über schlechtere Startchancen verfügen und noch am Anfang ihrer beruflichen Entwicklung stehen, benötigen kontinuierliche und verlässliche Hilfen. Bleibt es bei der Sperrung der Mittel, rechnen wir mit einer erheblichen Verschlechterung der Situation dieser Jugendlichen und mit langfristigen Folgekosten. Die BAG ÖRT fordert, die Haushaltssperre unverzüglich aufzuheben.

Berlin, den 17.03.2010

Für den Vorstand der BAG ÖRT
gez. Bernd Pastoors (Vorsitzender)

* Die BAG ÖRT ist ein Zusammenschluss von rund 80 Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, die sich für die berufliche und soziale Integration von sozial benachteiligten und individuell beeinträchtigten Jugendlichen einsetzen.